

Zahnsteiner Tageblatt

Bezugs-Preis,
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.— RM., bei der Post ab-
geholt vierteljährlich 2.70 RM.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
werftags. — Anzeigenpreis
die einseitige Zeile
25 Hfg., auswärtsige An-
zeigen 30 Hfg.

Nr. 157.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Fab. Fritz Rodz) Oberlahnstein.

Donnerstag, den 24. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Rodz, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amliche Bekanntmachungen.

Verordnung zum Schutze der Mieter.

Vom 22. Juni 1919. Reichs-Gesetzbl. S. 591/93.)
Auf Grund des Gesetzes über die vereinfachte Form
der Gesetzgebung für die Zwecke der Ubergangswirtschaft
vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) wird von
dem Reichsministerium mit Zustimmung des Staatsaus-
schusses und des von der verfassunggebenden Deutschen Na-
tionalversammlung gewählten Ausschusses folgendes ver-
ordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23.
September 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1140 — Samml. Nr.
1156 —) wird dahin geändert:

1. Der § 5 erhält folgende Fassung:

Macht sich im Bezirk einer Gemeindebehörde, in dem
ein Einigungsamt errichtet ist, nach dem Ermessen der
Landeszentralbehörde ein besonders starker Mangel an
Mieträumen geltend, so kann die Landeszentralbehör-
de die Gemeindebehörde zu der Anordnung ermäch-
tigen oder verpflichten, daß jeder Abschluß eines Miet-
vertrags über Wohnräume, Läden und Werkstätten der
Gemeindebehörde vom Vermieter binnen einer Woche
nach Abschluß des Vertrags anzuzeigen ist. Die Ge-
meindebehörde bestimmt, welche Angaben die Anzeige
zu enthalten hat. Wird die Anordnung erlassen, so
gelten für den Bezirk die Vorschriften der Abs. 2 und 3.

Ueberschreitet der vereinbarte Mietzins den Betrag,
der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der ge-
mieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung
der Nebenleistungen des Vermieters üblich und ange-
messene ist, so kann sowohl die Gemeindebehörde inner-
halb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch
der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Ab-
schluß des Vertrags bei dem Einigungsamt beantragen,
daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabge-
setzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten
als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nach-
weis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie
dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.

Aus einem Mietvertrage, der der Gemeindebehörde
nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine
Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird
auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirk-
sam, wenn weder die Gemeindebehörde noch der Mieter
innerhalb der Frist (Abs. 2) eine Herabsetzung des
vereinbarten Mietzinses beantragt, wenn die Anträge
auf Herabsetzung zurückgezogen werden oder wenn das
Einigungsamt über die Anträge entscheidet.

2. Hinter § 5 wird eingefügt:

§ 5a.

Machen sie nach dem Ermessen der Landeszentral-
behörde infolge besonders starken Mangels an Miet-
räumen außergewöhnliche Mißstände geltend, so kann
die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichs-
arbeitsministeriums die Gemeindebehörde auch zu
anderen als den in den §§ 2 bis 5 bezeichneten An-
ordnungen ermächtigen oder (mit Zustimmung des
Reichsarbeitsministeriums) solche Anordnung selbst
treffen.

3. Im § 6 Abs. 1 wird das Wort „Wohnungen“ durch

das Wort „Mieträume“ ersetzt und in Nr. 1 hinter dem
Worte „Wohnräumen“ eingefügt, „Läden und
Werkstätten“.

4. Im § 7 Abs. 2 werden die Worte „(§ 5 Abs. 1 Nr. 2)“

durch die Worte „(§ 5 Abs. 2)“ ersetzt.

5. Im § 15 wird die Bezeichnung „Nr. 1“ gestrichen.

Artikel II.

Die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Woh-
nungsmangel vom 23. September 1918 (Reichs-Gesetzbl.
S. 1143 — Sammlung Nr. 1157 —) wird dahin geändert:

In § 2 wird folgender Punkt c. eingefügt:

c) mehrere Wohnungen zu einer vereinigt werden.

Artikel III.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung
in Kraft.

Die Bekanntmachungen zum Schutze der Mieter und
über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. Sep-
tember 1918 treten spätestens am 31. Dez. 1920 außer Kraft.

Mietverträge, für die beim Auftritte der Be-
kanntmachung zum Schutze der Mieter die Herabsetzung des
Mietzinses nicht beantragt ist, werden mit dem Zeitpunkt
dieses Auftrittens wirksam.

Weimar, den 22. Juni 1919.

Das Reichsministerium.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 14. Juli 1919.

Der Landrat, J. P. G. a. u. n.

Die nächsten unentgeltlichen Sprechstunden für un-
mittelbare Lungenerkrankte werden am
Montag, den 4. August 1919, vormittags von 9—1 Uhr,
durch den Kreisarzt, Herrn Geh. Medizinalrat Dr. Mayer
im städtischen Krankenhaus abgehalten.
St. Goarshausen, den 21. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. P. Dr. G. a. u. n.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die finanzielle Last!

Rotterdam, 23. Juli. „Daily Mail“ meldet:
Die englische Kommission zur Prüfung der Schadenersatz-
frage hat sich auf eine Summe von 100 Milliarden ge-
einigt. Mit den von Frankreich angekündigten 200 Milli-
arden und den belgischen 35 Milliarden würde dies eine
Steuererfassung Deutschlands in Höhe von 335 Milli-
arden ergeben.

Amerikas Druck.

Rotterdam, 23. Juli. Laut „Nieuwe Rotter-
damsche Courant“ meldet ein Exchange-Telegramm aus
Paris, daß Japan der Friedenskonferenz mitgeteilt habe,
es ziehe seine Truppen aus Schantung zurück und wolle nur
seine wirtschaftlichen Ansprüche auf die Bahnen aufrecht
erhalten.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Die Wiener Politische Korrespondenz erfährt aus Saint
Germain, daß bei dem Besuch Dutassas beim Staatskanzler
Renner der Gedanke auftauchte, die in Deutschösterreich
herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutschöster-
reichischer Arbeiter bei den Wiederaufbauarbeiten in
den zerstörten Gebieten Frankreichs zu mildern. Gedacht
ist natürlich nur an Freiwillige, wobei die deutschösterrei-
chische Regierung durch Arbeitsvermittlung die Interessen
der Arbeitssuchenden wirksam vertreten würde.

Die Friedensbedingungen für Oesterreich.

Wien, 22. Juli. Die am 20. Juli nach wochenlangem
Warten überreichten endgültigen Friedensbedingungen
übertreffen die Befürchtungen, die hier geäußert worden sind.
Die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen sind so
sicher, daß ihre Erfüllung den Bankrott der jungen Re-
publik bedeuten würde, da sie eine förmliche Beschlagnahme
des Goldvorrats und des größten Teils des wirtschaft-
lichen Inventars und der Produktion auf Jahrzehnte hin-
aus enthalten. Ebenso sind alle Hoffnungen auf eine teil-
weise Milderung der territorialen Bedingungen zunichte
geworden; auch nach dem endgültigen Friedensvertrag wird
Deutschösterreich ein verarmtes Gebiet bleiben.

Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderungen.

Weimar, 22. Juli. Das bereits seit längerer Zeit
angekündigte Gesetz über „ergänzende Maßnahmen gegen
die Kapitalabwanderung ins Ausland“ ist der National-
versammlung jetzt zugegangen. Es knüpft daran an, daß
die bisher gültige Devisenordnung aufgegeben werden soll,
von der einzelne Teile erhalten bleiben sollen, weil wir
uns nicht darauf einlassen können, daß Geld nach freiem
Belieben über die Grenzen wandert, aus steuerlichen wie
aus wirtschaftlichen Gründen. Deshalb sind nach dem Ent-
wurf Zahlungsanweisungen in in- und ausländischen Ban-
knoten, in Schecks und Wechseln nach dem Auslande nur
zulässig durch Banken und Bankfirmen, denen der einzelne
Absender eine Erklärung zu übergeben hat mit den Grün-
den, welche in jedem Falle die Verwendung des Geldes
rechtfertigen. Das Gesetz sieht weiter vor, daß ausländische
Wertpapiere im Ausland nur mit Genehmigung der Reichs-
bank gekauft werden dürfen, und daß ohne Genehmigung
der Reichsbank nach dem Auslande kein Kredit bewilligt
werden darf. Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis
zu 100 000 Mark bestraft. Daneben kann auf Gefängnis
bis zu drei Jahren, auf Verlust der bürgerlichen Ehren-
rechte und selbstverständlich auf Beschlagnahme des Wert-
gegenstandes erkannt werden.

Erhöhung der Umsatzsteuer.

Weimar, 23. Juli. Die Vorlage über die Erhöhung
der Umsatzsteuer ist nunmehr vom Staatsanusschuss fertig-
gestellt worden. Im allgemeinen soll sie 1 v. H. betragen
für alle Haushaltsgegenstände, 5 v. H. beim Absatz vom
letzten Verkäufer, für Luxuswaren beim Absatz vom Her-
steller 10 v. H. Verschiedene Dinge, wie Feinkost, Blumen
usw., werden mit 10 v. H. beim Absatz vom Verkäufer,
Zeitungspapier, die Unterbringung von Personen in Gast-
höfen, die Aufbewahrung von Wertpapieren und Pelzen
soll mit 10 v. H. belastet werden.

Die Regelung unserer Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 23. Juli. Wie die Pol. Parl. Nachr. melden,
ist der Gesetzentwurf verabschiedet worden, wel man sich im Staa-

tenausschuss nicht über ihn hat einigen können. Das ist aus
dem Grunde bemerkenswert, weil die Gesetzgebungsarbeit
in letzter Zeit mit großer Schnelligkeit auf Kosten der
Gründlichkeit vor sich geht.

Der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Das Zivilkommissa-
riat 4 teilt über die bevorstehenden Erleichterungen für den
Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet
mit: In Frage kommen Verkehrsvereinfachungen, die schon
in wenigen Tagen in Kraft treten, und andere endgültige,
die sich nach der Ratifikation des Friedensvertrags ergeben.
Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Einreise aus
dem unbesetzten in das besetzte Gebiet auf Grund eines deut-
schen Personalausweises gestattet sein wird, der allerdings
das Visum einer der Befehlsgewalten tragen muß. Von
einer besonderen Einreiseerlaubnis wäre demnach nicht
mehr die Rede.

Einzahlung des Papiergeldes.

Weimar, 22. Juli. Zur genauen Feststellung der
vorhandenen Vermögen, die zur restlosen Erfassung durch
die Steuer notwendig ist, hat sich das Reichsfinanzministe-
rium entschlossen, folgende Maßnahmen in die Wege zu
leiten: In nächster Zeit wird alles vorhandene Papier-
geld eingezogen und durch Gutscheine (Zwischenscheine) er-
setzt, die wieder gegen das neue Papiergeld eingetauscht
werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, das vorhandene
Bargeld abzuliefern und zugleich die Summe anzugeben,
den er erhält nur so viel zurück, wie er abgegeben hat,
während das nicht angegebene und abgelieferte Papier-
geld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche
Wertpapiere einer Abstempelung unterworfen und somit
unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Pa-
piere verlieren ihren Wert. Ähnliche Maßnahmen wer-
den mit den Verträgen von Gesellschaften vorgenommen, um
die dort investierten Werte festzustellen.

Der Parteitag der Demokraten.

Der demokratische Parteitag hat Naumann zum Vor-
sitzenden gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wur-
den durch Juraf Prof. Gerland, Minister v. Hieber, Stutt-
gart, und Dr. Gertrud Bäumer gewählt. Als Vorsitzender
des Vorstandes wurde Friedberg gewählt. Die Namen der
übrigen elf vom Parteitag gewählten Vorstandsmitglieder
sind Dr. Cohnstede, Frankfurt, Prof. Dr. Cramer, Nürn-
berg, Justizrat Falk, Dr. Grund, Prof. Göb, Leipzig, Dr.
v. Hieber, Koch, Kassel, Bachhorst de Wente, Justizrat
Siehr, Jüterburg, Frau Dr. Baum, Frau Weber, Hei-
delberg.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 23. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr
25 Min. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die
Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Bauer: Sie haben vor 14 Tagen un-
ter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifi-
ziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewalt-
tätigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusam-
menbruch umfaßte. Auch diejenigen, die im alten Reich in
der schärfsten Opposition standen, haben in diesem Augen-
blick von manchem Abschied nehmen müssen, was ihnen
teuer und wert gewesen ist. Aber das Leben geht weiter.
Ich lasse daher die Vergangenheit, lasse die Abrechnung
über die Schuld dafür, daß alles so gekommen ist, und lasse
den unveränderlichen Protest gegen die Vergewaltigung
beiseite. Denn nun gilt es, nach vorn zu sehen und Blick
und Schritt vorwärts zu richten. Arbeit an der Erfüllung
des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebro-
chenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres
schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, all das muß mit
den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet wer-
den. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber
es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem
Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind seither ins Land
gegangen, größtenteils den Aufräumarbeiten gewid-
met, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das
Sie in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfas-
sung krönen werden. Damit ist die demokratische Repu-
blik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche National-
versammlung den ersten großen Teil ihrer Aufgaben gelöst.
Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften
der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann
sich solch einer Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das
eine oder das andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere
nur an die grundlegende Umgestaltung unseres Strafrechts
und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem
Gange ist und die Demokratisierung unserer Rechtsprechung
bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort
fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes,

sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schäffen und ausbilden, welche die Demokratie, so weit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Mit Gewaltmaßnahmen ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk setzt seine Lehrzeit voraus, und das Regieren erst recht, obwohl Demagogen dem Volk heute vorreden wollen, dies verantwortungsvollste Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Die Herren Unabhängigen sind es, welche die „Diktatur des Proletariats“ als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Aber schon das Schlagwort an sich ist unrichtig. Welche Kreise des Proletariats lehnen diese Diktatur wie jede andere ab, selbst Friedrich Adler, der radikale österreichische Führer, hat bei der Wiener Reichskonferenz nachgewiesen, daß an eine Diktatur des Proletariats nicht gedacht werden könne. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der Übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und ungewöhnliches Mittel auf entschiedenste ab. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putzche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan.“ Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist, und daß der Passus mehr ist, als eine Salbung für den Fall, daß dennoch Putzche kommen. Angesichts der Haltung der sogenannten „revolutionären Obleute“, die in ihrer Mehrzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist der Zweifel zu mindestens erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Es ist selbstverständlich, und eine Regierung, die in ihrer großen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, wird es am allerwenigsten leugnen: die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit. Nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten? Wer hat zu mindestens nicht abgeraten, nicht vor den Folgen gewarnt? Nicht nur einzelne Vorgänge berechnen uns, von frevelhaftem Mißbrauch zu sprechen, den kommunistische und andere Drahtzieher mit den Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Solange die Herren Unabhängigen nicht den Mut aufbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Vorwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen. Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben. Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne, das hat von Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleiht im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke eines Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis innerhalb des Wirtschaftslebens auf neue Grundlagen stellt, geht sie in besonderen dazu geeigneten Fällen weiter. Sie zieht aus dem Arbeitsprogramm des Kabinetts Scheidemann, das von ihr übernommen wurde, die Konsequenzen, indem sie diesem hohen Hause in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen (über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits kommunalisiert oder im Besitz der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen (über 50 000 Volt) in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Der Herr Reichsfinanzminister hat Ihnen

seine Pläne mitgeteilt. Das Reichsnotopfer und die Umfassende Steuer sind bereits dem Staatenausschuß zugegangen, der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Tage. Gekrönt werden soll diese neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuererhebung durch eine Reichseinkommensteuer, die durch das ganze Reich gleichmäßig veranlagt werden soll, und die ihrerseits wiederum notwendigerweise zur Schaffung einer Reichssteuerverwaltung führen wird. Damit ruht die Finanzgesetzgebung im weitesten Umfang in den Händen des Reichs. Die Verfassung schafft die Reichseisenbahnen. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens. Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Das Reich ist niemand gegenüber, sei es die Großindustrie, sei es sonst ein Konzern, in Zukunft machtlos. Damit ist in der Tat die Zeit der gewalttätigen Umwälzungen für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen.

Im Anschluß daran sprach der Reichsminister des Innern Müller über die Politik der kommenden Zeit u. a.: Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine gründliche Abrüstung auferlegt. Aber die Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Abrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. Die Erreichung dieses letzten Zieles zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militärischen Gedankengängen endgültig entsagen, wenn wir schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Völker untereinander zu entscheiden. Wir müssen die Welt von unserem unschütterlichen Friedenswillen aber auch deshalb überzeugen, damit die Politik der Koalitionen, in absehbarer Zeit begraben wird. Die militärische Regierung der rheinischen Grenzgebiete sieht die französische Regierung nicht als genügenden Schutz an. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik ist ebenso groß wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes. Gegen die Politik der Allianzen arbeiten wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen und nur den Boden für einen wirklichen Bund der Völker vorbereiten, nach dem sich die Völker in allen Ländern von ganzem Herzen sehnen. Das Zeitalter der Geheimdiplomatie mit ihrem Intrigenspiel soll abgeschlossen sein. Ein Völkerbund ohne das deutsche und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund. Gerade wir Deutsche haben ein Interesse daran, daß ein Völkerbund entsteht, der zu einem wahrhaften Instrument des Fortschritts wird. Wir haben in den Vorverhandlungen nachdrücklich auf das Unerträgliche und Unerfüllbare hingewiesen, das nach unserer Auffassung so viele Bestimmungen des Vertrags enthalten. Wir haben uns unter dem Zwang der Verhältnisse verpflichten müssen, den Vertrag loyal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist.

Redner behandelte sodann die Wiedergutmachung der belgischen Neutralitätsverletzung. Den Aufbau Nordfrankreichs, die ungeklärte Lage im Osten, unser Verhältnis zu Polen und zu Deutsch-Oesterreich, zu Bulgarien und der Türkei. Er dankte den Neutralen, welche durch freiwillige Liebestätigkeit Deutschland in schwerer Not unterstützten, besprach die demnächstige Lösung der schleswig-dänischen Frage und behandelte zum Schluß die Aufgabe des auswärtigen Amtes unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Schlecht abgeschnitten.

Reimar, 23. Juli. Vor einem hart besuchten Hause begann heute die große politische Aussprache, eingeleitet durch eine Rede des Ministerpräsidenten Bauer.

Mit großer Ruhe verfolgte die Rechte das Unterfangen des Ministerpräsidenten die Schuld für den Frieden und für die bestehenden Zustände von der Revolutionäre Regierung abzumägen. Als er dann mit einer Polemik gegen die Rechte begann, hatte er sich eine ziemlich scharfe Mißfalle, weil die wenig geschickte Fassung seiner Rede der Rechten eigentlich Stichwort auf Stichwort gab. Eine große Heiterkeit erregte es, als er erklärte, auf die Ausübung der demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate verzichten zu wollen. Noch härter wurde die Heiterkeit, als er erklärte:

„Wenn es hier und da noch fehle, so sei es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern ein Fehlen von Fähigkeiten.“

Ein ironisches „sehr richtig!“ der Rechten bestätigte, daß diese das Fehlen von Fähigkeiten in der Regierung anzuerkennen scheint. Erneute Heiterkeit brach aus, als der Ministerpräsident darauf hinwies, daß jedes Handwerk eine Lehrzeit voraussetze und daß Regieren erst recht.

Er fand wieder den Beifall der Rechten, als er erklärte, daß viele in der leicht erworbenen Mitgliedschaft zur Partei das Anrecht auf eine Führerrolle erblickten. Durch diese ungeschickte Fassung der Rede fiel der Angriff gegen die Rechte völlig ins Wasser.

Berschiedene politische Nachrichten.

M a i n z, 22. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte der Sozialdemokrat Bauer im Laufe der Aussprache, er lehne für seine Partei jede Loslösungsbemühung und Sonderbündel ab. Wenn die alten Staaten verschwinden sollten, dann könne nur der Einheitsstaat das Ziel sein.

E r f u r t, 23. Juli. Infolge der Kündigung von zwei Angestellten kam es in der ehemals königlichen Gewerkschaft in Erfurt zu Ruhestörungen. Jegliche geschäftliche Arbeit wurde verhindert. Die Leitung sah sich daher gezwungen, den gesamten Betrieb einzustellen.

B e r l i n, 22. Juli. In Ergänzung früherer Meldungen weisen die Pol.-Parl. Nachr. darauf hin, daß Titel in Preußen nicht mehr verliehen werden. Die preussische Staatsregierung wird an ihrer Stelle Amtsbezeichnungen ebenso wie die Reichsregierung einführen. Die Rettungsmedaille wird auch in Zukunft weiter verliehen. Der Kriegsminister hat das Recht, Verdienstzeichen an Soldaten nach bestimmtem Dienstalter weiter zu verleihen.

B e r l i n, 22. Juli. Der Hauptausschuß der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge hat kürzlich einen Beschluß gefaßt, der lautet: Streikteilnehmer, die nach ordnungsmäßiger Beendigung des Streiks die Arbeit nicht wiederaufgenommen haben, obwohl sie dazu in der Lage waren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung. Streikteilnehmer, die während des Streiks der Aufforderung zur endgültigen Wiederaufnahme der Arbeit nicht nachgekommen und deshalb entlassen worden sind, erhalten eine Erwerbslosenunterstützung. Es ist nicht Aufgabe der Erwerbslosenfürsorge, in die Rechte der Arbeiter dadurch einzugreifen, daß sie über die Frage der Berechtigung oder Nichtberechtigung eines Streiks durch Gewährung oder Verjagung der Erwerbslosenunterstützung die Entscheidung trifft.

K o p e n h a g e n, 22. Juli. Der dänische Minister Hanssen sagte in einer Rede, daß Dänemark nicht beabsichtigt, die Beamten des abtretenden Gebiet weiter zu behalten, sondern es wird sie einschließlich der Lehrer aus den besetzten Gebieten ausweisen.

L o n d o n, 23. Juli. Im Unterhause teilte Churchill mit, daß alle britischen Truppen mit Ausnahme der freiwilligen Truppen der Militärmission, falls sich keine Zwischensfälle ereigneten, aus Nordrußland zurückgezogen werden, bevor das Weiße Meer zugefriert.

A m s t e r d a m, 22. Juli. Das Preßbüro Radio meldet aus Newyork, die jüdische Organisation von Amerika teilt mit, daß anderthalb bis zwei Millionen Juden aus allen Teilen der Welt nach Palästina gehen würden. Man erwarte, daß eine Million aus Rußland kommen werde.

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

49] (Nachdruck verboten.)

Nur wenige Zeilen fielen ihr entgegen:

„Mein über alles geliebtes, teures Mädchen!“

Wenn Du diese Worte liest, bin ich schon weit von Dir. Ich reise sofort nach München, wo meine Eltern sich zurzeit aufhalten. Wir können uns nicht angehören, Ursel, das Schicksal selbst ist gegen uns. Wie ich mein Unglück tragen soll, weiß ich noch nicht. Ich liebe Dich mehr als mein Leben und muß doch von Dir lassen. Gibt es ein grausameres Verhängnis? Bebe wohl, Ursula, Gott segne Dich und schenke Dir reiches Herzensglück! Du bist ja noch so jung und wirst mich vergessen.

Carlos Alvarez.

War das zu begreifen, zu verstehen? Carlos liebte sie nach wie vor und ging trotzdem, gab sie auf, sprach vom Schicksal und ließ sie im Unklaren über das Unheil, das trennen zwischen ihnen stand?

Ihr junges reines Gemüt fand keine Erklärung für dieses Verhalten, aber das war ja auch einerlei. Er war gegangen und verschmähte sie. Tödlisch getroffen brach Ursula zusammen. Der erste Schicksalsturm brauste über ihr junges Leben hin.

Zur selben Stunde las Reinhold Beeskow:

„Sehr geehrter Herr Professor! Jahrzehntelang hat mein Vater vergeblich den Mann gesucht, welcher ihm vor nahezu zwanzig Jahren sein Bild vernichtete. Mir war es vorbehalten, den Frevler in Ihrer Person ausfindig zu machen. Sie haben meine Mutter damals gemalt und unrechtmäßigerweise das Porträt in Ihrem Besitz behalten. Als ich heute Ihr Haus betrat, um Ihnen kostlichsten Segn. Ihre Tochter, von Ihnen zum Weibe zu erbitten, stellte sich mir, gleich einem Memento mori, das wohlgehangene Porträt meiner Mutter in den Weg, wie sie vor

zwanzig Jahren ausgehen hat. Ich kann heute den Kummer und den Jorn meines Vaters begreifen und hielt es für meine Pflicht, das Porträt, welches Sie sich gegen den Willen meiner Eltern angeeignet, zu vernichten. Lange habe ich erwogen, ob ich es meinem Vater schuldig bin, ihn von dem Vorgefallenen in Kenntnis zu setzen. Ich bin entschlossen, zu schweigen, um nicht neues Unheil heraufzubeschwören, Wunden, die am Bernarben sind, wieder aufzureißen. Sie aber haben nun auch noch Ursulas Lebensglück sowohl wie das meinige auf dem Gewissen. Ich liebe Ihre Tochter mit den heiligsten Empfindungen, lebe in ihr mein Ideal, die Vervollständigung meiner seelischen Werte, und weiß, daß ich wiedergeliebt werde so innig und treu, daß ich mich glücklich schätzen dürfte. Alles vorbei! Die Tochter des Mannes, welcher die Unerfahrenheit meiner Mutter benutzte, um sie zum Betrage gegen den eigenen Gatten zu verleiten, kann niemals mein Weib werden. Noch heute verlasse ich diese Stadt, gebrochen an Herz und Seele.“

Carlos Alvarez.

Wie betäubt starrte Reinhold Beeskow auf die in lateinischen Lettern ausgeführte charakteristische Handschrift, las das Geschriebene zwei-, dreimal durch, ehe er den Sinn deselben zu erfassen vermochte.

So ein heimtückisches Geschick, ausgerechnet der Sohn jener verlebten Ignora, welche sich damals von Linden malen ließ, mußte seinem Liebbling, seiner Ursel begegnen und ihr Herz gewinnen!

Aber trotz des Aufbruchs, der Reinhold durchstieß (denn er war durch diesen Brief an die leidenschaftliche Zeit seines Lebens erinnert worden, wo er unter heißen Kämpfen um die Kunst rang, die sich ihm damals so spröde und feindselig gezeigt hatte), trotz ungezählter unliebsamer Erinnerungen mußte er lachen; denn er kannte Signora Alvarez ja gar nicht persönlich, hatte nie einen Blick, geschweige denn ein zärtliches Jugenderblicken von ihr empfangen. Da befand sich der junge Carlos denn doch in einem gewaltigen Irrtum, den man leicht würde aufklären können.

Er erhob sich, wendete den Brief in der Hand um und her. Es war schon am besten, er ging sogleich zu seinen Damen und besprach mit ihnen, auf welche Weise man dem rabiaten Carlos den Irrtum am besten begreiflich machen könne, ob man ihn zu einer Aussprache hierher bat oder am dritten Ort mit ihm zusammentraf.

Er war schon an der Tür, hatte die Portiere zurückgeschlagen, da senkte sich langsam, wie ein eherner Koloss, die Erkenntnis auf seine Seele, daß er bei dieser Aufklärung ja vor allen Dingen seine Schuld belennen, den Betrug aufdecken müsse, den er damals im Verein mit Linden begangen. Das hieß aber, seinen Namen an den Pranger stellen, seine Familie vernichten.

Langsam ging Reinhold Beeskow zu seinem Platz am Schreibtisch zurück. Mehrere Schreiben mit ehrenvollen Aufträgen lagen dort zur Erledigung bereit, neuer Ruhm und Gold in Fülle winkten, aber glanzlos irrten seine Blicke über die Zeilen, sein Geist beschäftigte sich nicht mit den neuen Werken, wie gebrochen sank er in sich zusammen.

O, hätte damals doch nur eine Ahnung ihm verraten, daß er durch seine Handlungsweise gerade auf das Haupt eines geliebten Kindes Unheil herabbeschwor, er würde vor dem Betrug zurückgeschreckt sein wie vor einer Brandfackel, die sein Leben bedrohte!

Wie hatte er glauben können, durch ein arbeitgroßes tadellofes Leben zu sühnen, was er in der Vergangenheit, in äußerster Verzweiflung, um seinen hässlichen Frieden, sein Eheglück zu retten, begangen!

An dem Liebsten, Kostlichsten, was er besaß, kraßte ihn das Schicksal; das Glück Ursulas, seines zärtlich behüteten Kleinods, forderte es ein zur Sühne.

Es war die schwerste Strafe, die ihn treffen konnte. Diese lieben, klaren Kinderaugen, die noch keine Tränen geweint, im Schmerz erstarren oder heiße Schmerzensstränen vergießen zu sehen, wäre über seine Kraft gegangen.

Leichte Schritte näherten sich zögernd. Ursula kam.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 24. Juli.

Kreisynode. Am Dienstag, den 22. tagte von 2 Uhr an die Kreisynode Nassau in dem Ev. Gemeindehaus in Ems. Der von Dekan Lehr erhaltene Jahresbericht gab Einfluß zu einer lebhaften Aussprache über die kirchlichen Zustände, sodann auch über Volksmission und Evangelisation. Es wurde ins Auge gefaßt, letztere auch in unserem Bezirk in die Wege zu leiten, sobald die Verhältnisse es gestatten. — Zum Vertrauensmann für Jugendpflege wurde Pfarrer Kopfermann gewählt, welcher an einem Jugendpflegekurs teilnehmen soll. — Einen breiten Raum nahm die Besprechung über die neu aufzubauende kirchl. Verfassung ein. Es wird ein allgemeiner Landestag in unserm Bezirk zusammengerufen werden, der aus 75 Mitgliedern besteht, durch direkte, geheime Wahl gewählt wird und die neue Kirchenverfassung festlegen hat. Die Frauen sollen in ihm vertreten sein, auch sollen sie das Wahlrecht erhalten. — Der Bericht über die Mission ergab insofern ein erfreuliches Bild, als die Einnahmen eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. — Der Erziehungsverein der Synode hat zur Zeit 11 Kinder in Pflege und läßt sie in Familien erziehen; seine Mittel empfangt er durch eine Hauskollekte, die jährlich in unseren Gemeinden erhoben wird. — Als Vertreter für die Versammlung des Diakonievereins wurden die Herren Dekan Lehr und Professor Deinet gewählt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Synode gegen 7 Uhr geschlossen.

Befahrungstruppen. Wie wir erfahren, ist als Befahrungstruppe des französischen Gebietes der besetzten Zone die 10. Armee in Aussicht genommen worden, sobald die 4. und die 8. Armee in den von ihnen bisher besetzten Gebieten sehr bald Truppen der 10. Armee Platz machen werden. General Mangin bleibt Führer der 10. Armee und Mainz Sitz des Oberkommandos.

Der Schlichtungsausschuß in Oberlahnstein für die Kreise St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald setzt sich folgendermaßen zusammen: Ständige Vertreter der Arbeitgeber: Schwebelshöfer, Oberlahnstein, Fabrikant Hantke-Höhr, (Fabr. Hahn, Niederlahnstein, Dir. Brunnenbaum-Braubach, Dir. Vansse-Niederlahnstein, Dir. Kautler-Grenzhausen). Ständige Vertreter der Arbeitnehmer: Schloffer R. Bonn-Oberlahnstein, Schreiner Sg. Ols-Ems, Tischler W. Jasmund-Oberlahnstein, Bauarbeiter B. Schaller-Niederlahnstein, Schreiner G. Brand-Ems, Arbeiter A. Höhr-Oberlahnstein, Kontrollant R. R. R. Oberlahnstein. Die Geschäftsräume des Ausschusses sind im Kontrollamt.

Prüfung. Vor der zuständigen Kommission haben die Schuhmacherlehrlinge Peter Pest-Rivern und Karl Dohle-Dachsenhausen ihre Prüfung mit Erfolg abgelegt.

Gartenfest. Der Gesellschaftliche Verein „Club Lahnstein“ beabsichtigt am Sonntag, den 27. Juli im Restaurant „Wolfsmühle“ ein Gartenfest mit Tanz zu veranstalten. Alles nähere besagt die Samstagsausgabe.

Die Petroleumnot dürfte ehestens ein Ende haben. Wie wir aus Handelskreisen erfahren, sind die ersten Schiffsadungen amerikanisches Petroleum bereits in rheinischen Häfen angelangt.

Niederlahnstein, den 24. Juli.

Turnverein. Bei Herrn Heinrich Herz findet heute abend eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Turnvereins statt, worauf die Mitglieder nochmals hingewiesen werden.

Gaub, den 24. Juli.

Die Oberförsterstelle Gaub ist dem Oberförster Proempeler, seither in Gumbinnen, übertragen worden.

Dahlheim. Morgen (Jahobus) wird in unserem Dorfe das Kirchweibfest gefeiert. Morgens 9 Uhr ist heiliges Lesitenamt, das Kaplan Jos. Hamm, ein geborener Dahlheimer celebriert; die Predigt hält Pfarrer Behnhäuser-Braubach.

Aus Nah und Fern.

Diez, 22. Juli. Im Unterlahnkreise dürfen Warenbeförderungen nach dem unbefestigten Deutschland und umgekehrt nur auf den Straßen Göggeshausen-Staffel, Freienberg-Limbürg, Freindiez-Flacht, Kapeneinbogen-Jollhaus gegeben.

Niedernhausen, 22. Juli. Der Mord an der Frau Penning von der Lenzenmühle bei Engenhahn stellt sich in erster Linie als ein Lustmord dar; den Raub des Leibes wird man nur als Begleitumstand ansehen dürfen. Die Ermittlungen nach dem Mörder blieben bis jetzt erfolglos. Am Tage des Mordes und auch noch später wurden in der Nähe der Mordstelle zwei Radfahrer beobachtet, die man bis heute noch nicht wieder hat auffinden können; es werden zwei Männer gesucht, die am Mordtage in der Nähe der Auffindungsstelle mit Grasrufen sich beschäftigten. Von Seiten der Regierung ist auf die Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Kreuznach, 22. Juli. Eine ungewöhnliche reiche Obsternte ist dem Nahetal beschieden. Die Apfelbäume bringen förmlich unter der Wucht ihrer Früchte. An Beerenernte ist alles überaus reich gedeihen. Die Preise sind trotzdem verhältnismäßig hoch; Stachelbeeren 80 Pfg., Johannissträuben 1 Mark, Birnen 90 Pfg. Käufer aus dem besetzten Gebiet finden sich massenhaft ein.

Rom Hunsrück, 22. Juli. Da die Butterhamsterei in den Hunsrückorten fast gänzlich nachgelassen hat, weil die Städte genügend mit Speck und Fett versorgt sind, nehmen die Bäuerinnen jetzt massenhaft nach dem Kreise Kreuznach, um ihre Butter los zu werden.

Rom Hunsrück, 22. Juli. Die Massenabblachungen von Vieh setzen sich immer mehr fort. Die Weiden

sind vereinsamt, die Ställe leeren sich allmählich, da alles halbwegs schlachtreife Vieh zur Schlachtbank wandert. Milch- und Butter-Markt macht sich besonders in den von Sommerfrischlern besuchten Ortschaften sehr bemerkbar. Die Geflügelzucht geht trotz Futter- und Körnervorräten erschreckend zurück. Das Ei wird auf den Dörfern geradezu eine Seltenheit. Wald- und Himbeeren sind gut und reichlich, so daß die Beerenjäger selbst aus der angrenzenden Industriegegend des Saargebietes kommen.

Von der Mosel, 23. Juli. Den Viehmarkt zu Trier bescheiden die ganzen Mosel-, Eifel- und Hunsrückdörfer. Das Angebot wird von Markt zu Markt größer, besonders an Fettvieh und Großvieh. Zum letzten Viehmarkt waren aufgetrieben 700 Stück Großvieh, viele Hundert Schweine, 60 Kälber und viele Ferkel.

Trier, 22. Juli. Ein Hauptkapitel deutscher und ausländischer Hute ist Trier während des letzten Halbjahres geworden. Einige Hautlager umfassen Werte von mehreren Millionen.

Köln, 22. Juli. In der Nähe Kölns entwickelte sich dieser Tage eine Schlacht zwischen Bauern, die den Kölner Markt bescheiden wollten und einer Räuberbande. Da die Bauern in letzter Zeit vielfach angefallen wurden, hatten sie sich zusammengeschlossen. Diesmal befand sich ein Wagenzug von 21 Wagen unweit Walberberg, als plötzlich eine Räuberbande auf die Bauern einbrach. Sie wehrten sich mit Mistgabeln, Peitschenstielen und landwirtschaftlichen Geräten. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche blutige Köpfe. Schließlich erschien ein Polizeiaufgebot, das einige Revolvergeschüsse abgab und die Bande zerstreute.

Barmen, 22. Juli. Eine von evangelischen Vätern und Müttern zahlreich besuchte Versammlung beschloß einmütig, eine Vereinigung aller evangelischen Eltern der Stadt durch Gründung einer evangelischen Schulgemeinde herbeizuführen, um auf diesem Wege den Kindern evangelischer Eltern eine evangelische Erziehung in evangelischen Schulen zu sichern, und das alte Evangelium als das unveräußerliche Fundament einer wahren Jugendzucht zu erhalten.

Duisburg, 22. Juli. Für 200 000 Mark herrenlose Seife. Auf dem städtischen Anschlußgleis in Buchholz traf ein Bahnwagen ein, dessen Aufschrift fingiert war. Die Gendarmen fanden in den Wagen für etwa 200 000 Mark amerikanische und englische Kernseife, die dem Großhändler Lager überwiesen wurde. Bis jetzt haben sich weder Absender noch Empfänger des Wagens gemeldet.

Geldern, 22. Juli. Die Maul- und Klauenseuche greift am Niederrhein immer weiter um sich; es hat den Anschein, als würde die ganze Landwirtschaft davon betroffen.

Singen. (Baden). Hier machte dieser Tage ein Händler Einkäufe und bezahlte seine Schuld in Höhe von 75 000 Mark mit 50 Markscheinen. Später stellte sich heraus, daß alle Scheine gefälscht waren. Der Händler ist verschwunden.

Dillingen, 23. Juli. Den Dillingener Hüttenwerken ist, gutem Vernehmen nach, von der französischen Regierung ein großer Auftrag in ihrer Spezialität Schiffsbleche, zugegangen, die für die französische Marine bestimmt sind.

Basel, 22. Juli. In den halbzerstörten Dörfern von Toskana wurde ein neues Erdbeben verspürt, das die Bevölkerung in große Aufregung brachte. Ein wolkenbruchartiger Regen überschwemmte die Zeltlager der von bittrem Los schwer Heimgekehrten.

Saag, 23. Juli. Ein großes Luftschiff, das von der Goodrich Company für Kellamiezwecke benutzt wurde, ist auf das Dach der Central Trust Company in Chicago niedergefallen und hat das Dach durchschlagen. Das Luftschiff war in einer Höhe von 350 Meter explodiert. Die Besatzung versuchte vergebens, sich mit Fallschirmen zu retten. Als das Luftschiff auf das Dach des Bankgebäudes fiel, platzen auch die Benzinbehälter. Von den Angestellten der Bank wurden 10 getötet und 25 verwundet.

Handgranaten um — Kirchen.

Aus Breslau wird geschrieben: In Koschütz bei Rybnik entwickelte sich ein lebhaftes Feuergefecht, um — eine Kirchenallee. In der Morgendämmerung drangen mehr als hundert Leute in eine Kirchenallee, um die Bäume zu plündern. Als der Pächter den Grenzschutz alarmierte, verschanzten sich die Plünderer in den Kornfeldern und verteidigten sich mit Handgranaten, Revolvern und Gewehren. Der Kampf dauerte über eine halbe Stunde, bis es gelang, mehrere der Anführer der Kirchenräuber festzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Versailles, 22. Juli. Die deutsche Regierung hat den Ministerpräsidenten Clemenceau erneut um baldige Mitteilung über Zusammenfassung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Clemenceau bereits am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Alliierten würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet sei.

Berlin, 22. Juli. Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß dort eine arge Demoralisation unter der Bevölkerung Platz zu greifen beginnt. Denunziationen gegen deutsche Beamte und Lehrer aus der Bevölkerung heraus nehmen zu; selbst die französischen Besatzungsbehörden sprechen ihren Abscheu über diese Haltung großer Teile der Bevölkerung aus.

Berlin, 23. Juli. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Samstag unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Abg. Geheimrat Garnich, eine Sitzung ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Entwurf eines Parteiprogramms. Als Ergebnis

der eingehenden Aussprache konnten die Grundzüge des Parteiprogramms bereits ausgearbeitet werden. Es wurde in Aussicht genommen, den Zentralvorstand und Parteitag im Oktober zur endgültigen Beschlußfassung über das Programm einzuberufen. Eine Jugendtagung soll gleichfalls noch im Herbst stattfinden. Ein weiterer Gegenstand der Aussprache waren die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag. Es kam dabei allseitig die Meinung zum Ausdruck, daß die Partei den Bestrebungen, die Zeitdauer der Nationalversammlung zu verlängern, entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen müsse. Die Organisationen im Lande sind gerüstet, den Kampf um die Entscheidungen über die künftige Politik des Reiches allerorts aufzunehmen. Besonders unterstrichen wurde dabei wiederum die Notwendigkeit der Bahrung der Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei nach rechts und links, auch daß sich an der ablehnenden Haltung der Partei gegenüber dem Gedanken einer Verschmelzung mit der Deutschnationalen Volkspartei nichts geändert hat.

Berlin, 23. Juli. Heute nacht wurde durch das Freischützengregiment des Majors Heyn auf dem Schlesischen Bahnhof ein Zug mit meuternden Soldaten abgehoben, die auf ihrer Fahrt bereits mehrere Bahnhöfe mit Handgranaten beworfen und Bahnhofswirtschaften geplündert hatten.

Frankfurt, 23. Juli. Zu einer sehr lebhaften Aussprache kam es hier in einer Versammlung der Erwerbslosen anläßlich der Besprechung der Frage der Entsendung von Arbeitern zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Frankreich. Die ganz radikalen Elemente brachten nämlich eine Entschließung ein, wonach nicht die Arbeiter zum Wiederaufbau verwendet werden sollten, sondern diejenigen, die während des Krieges als rekrutiert oder unabschüssig zurückgeblieben seien. Dieser Antrag ist aber abgelehnt worden.

München, 23. Juli. Bayern hat, vielleicht um der Einnahmen willen die Reiseausweise beibehalten, als diese anderwärts bereits abgeschafft worden waren. Jetzt endlich hat sich das Verkehrsministerium entschlossen, auch hier, und zwar vom 25. Juli an, die Reiseausweise außer Kraft zu setzen.

Danzig, 23. Juli. Der während des Krieges auf der Schichau-Werft gebaute Panzerkreuzer „Graf Spee“ ist von acht Helfern von Danzig nach Kiel gebracht worden, um dort seine Armierung zu erhalten. Wie es heißt, muß auch dieses Schiff nach seiner Fertigstellung dem Verband ausgeliefert werden.

Genf, 22. Juli. Das 2. und 3. französische Kolonial-Regiment wurde in Marseille nach dem Elsaß verladen. Sie sollen den Grenzschutz gegen Deutschland und die Besetzung der rechtsrheinischen Präfektur übernehmen.

Madrid, 22. Juli. Während eines Ministerrates ist der Minister der Lebensmittelversorgung Marquis Machales gestorben.

Saag, 22. Juli. Zur Rettungstat des deutschen Kriegsgefangenen Brudmann, der einen abgestürzten englischen Flieger unter Lebensgefahr aus dem brennenden Flugzeug rettete, schreibt das Daily Chronicle in einem Leitartikel, Brudmann habe mehr als irgendeiner seiner Landsleute zur Wiederherstellung menschlicher Bande zwischen England und Deutschland beigetragen.

In Rotterdam ist der Dampfer Kurst aus Sydney eingetroffen. Er hatte 787 Männer, 76 Frauen und 92 Kinder, sämtlich aus Australien ausgewiesene Deutsche, an Bord. Sie sind im Sonderzuge nach Deutschland abgereist.

In Cambrai hat eine aufliegende Mine zwölf Personen, darunter sechs deutsche Kriegsgefangene, getötet und zwei Gefangene verletzt.

Die Vermögenszuwachssteuer.

Beimar, 23. Juli. In Fortsetzung der Beratungen über die Vermögenszuwachssteuer gab der Abg. Beder-Nassau (Ztr.) die Erklärung ab, daß alle Anträge zum Paragraph 5 des Entwurfs von seiner Fraktion abgelehnt würden. Der Stichtag könne aus den wiederholt dargelegten Gründen nicht auf den 31. Dezember 1919 gelegt werden; dagegen könne der Termin auf den 30. Juni 1919 festgesetzt werden. Die Deutschnationalen änderten ihren Antrag nach der Richtung um, daß lediglich die Bewertung des Inventars in gewerblichen und wirtschaftlichen Betrieben, in dem der Konjunkturgewinn sich widerspiegelt, von der Vermögensberechnung ausgeschlossen werden soll. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte sich mit den Ausführungen des Abg. Beder-Nassau einverstanden. Dr. Beder-Hessen (Deutsche Vp.) vertrat die Meinung, daß zum mindesten der 30. Juni 1919 als Stichtag gewählt werden müsse. Dem deutschnationalen Antrag, Konjunkturgewinne angemessen zu berücksichtigen, sei tatsächlich Genüge geleistet durch die Bestimmung des Besitzvermögens. Steuerberatungsstellen erfüllen, wenn sie von ehrlichen Elementen geleitet würden, nützliche Aufgaben; daher solle diesen Stellen die Lebensmöglichkeit nicht genommen werden. In der Abstimmung über den Paragraph 5 wurde unter Ablehnung anderer Anträge der Antrag Beder-Nassau, Stichtag: 30. Juni 1919, angenommen.

Zu Paragraph 10 lag ein Antrag Kieffer (Deutsche Vp.) vor, Wertverminderungen bei Grundstücken auch dann abzuziehen, wenn sie durch den Krieg entstanden sind, auch wenn es sich nicht um eine Verschlechterung handelt. Der Unterstaatssekretär Moesle wies darauf hin, daß derartige Fälle unter den Härteparagrafen fallen können. Darauf wurde der Antrag zurückgezogen. Zu Paragraph 11 lag ebenfalls ein Antrag Kieffer vor, daß die Ansprüche aus eingegangenen Lebensversicherungen steuerfrei bleiben sollen ohne Rücksicht auf die Höhe der Prämie. Ein Antrag des Abg. Dietrich (Dntf.) will die Versicherungen freistellen, die bis zum 1. Juli 1915 eingegangen sind. Der Antrag Dietrich wurde abgelehnt und der Antrag Kieffer zurückgezogen.

Neue Finanzpläne.

Berlin, 23. Juli. Dem Vernehmen nach wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwogen. Es soll ein Betrag von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 2 n. H. Die Beträge, die von der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft werden. Räte der Gedanke zur Verwirklichung, so würde die große Vermögensabgabe zunächst verschoben werden. Ihre Erhebung würde dann später stattfinden, und sie könnte durch Hingabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen entrichtet werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen wird, steht vorläufig noch dahin.

Die deutsche Anleihe in Amerika.

Osag, 23. Juli. Der deutsche Finanzagent Martin Nordberg, der sich gegenwärtig in Newyork befindet, hat mit einem großen Bankkonzern im Namen und Auftrag der Deutschen Bank eine Vereinbarung getroffen, laut welcher ein von der amerikanischen Regierung genehmigtes Kreditdarlehen für den Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren zur Verfügung gestellt wird. Vorläufig erhält Deutschland einen Kredit von 100 Millionen Dollar, und zwar für eine Zeit von drei Monaten, welche Frist jeweils verlängert werden kann.

Bekanntmachungen.

Für die minderbemittelte Bevölkerung ist ein **kleiner Posten Sohlleder** gesichert, der zu angemessenen Preisen abgegeben werden soll. Anmeldungen unter Abgabe eines Schnittmusters wollen bei Herrn Polizeioberwachmeister Hofmann (altes Rathaus) erstattet werden.
Oberlahnstein, den 24. Juli 1919.
Der Magistrat: de Boys.

Holzversteigerung.

Am Montag, den 28. Juli cr., nachmittags 2 Uhr, kommen im hiesigen Stadtwalde Distrikt „Eag“ 4000 Stück Eichen- und Buchenwellen zur Versteigerung.
Sammelplatz 1 1/2 Uhr (Feldstr. Neupasse).
Niederlahnstein, den 18. Juli 1919.
Der Magistrat: Rody.

Die Leeseholzscheine

werden bis 1. August 1919 aus dem Bürgermeisterei Zimmer Nr. 1 erneuert. Anträge werden bis zum 25. Juli cr. entgegen genommen. Da größere Holzversteigerungen bevorstehen, werden Scheine nur an Ortsarme, aufgestellt.
Wer ohne Schein angetroffen wird, wird bestraft.
Grünes Holz darf nicht entwendet werden.
Hau und Schneidewerkzeug darf nicht mitgebracht werden.
Niederlahnstein, den 18. Juli 1919.
Der Magistrat: Rody.

Beeren sammelscheine.

Das Sammeln von Beeren in den hiesigen Stadtwäldungen ist Ortsfremden nur gegen einen diesbezüglichen Erlaubnisschein gestattet. Die Scheine sind gegen Zahlung einer Gebühr von 5 Mark bei der Stadtkasse erhältlich. Unberechtigtes Sammeln wird nach § 18 des Feld- und Forstpolizeigesetzes 1. 4. 1880 bestraft.
Den hiesigen Einwohnern ist das Sammeln von Beeren unentgeltlich gestattet.
Es wird jedoch empfohlen, den Personalausweis mitzunehmen, damit sie sich den Forstbeamten gegenüber genügend ausweisen können.
Braunbach, den 18. Juli 1919.
Der Bürgermeister: Schüring.

Alexanderwerk-

Fleischhackmaschinen

zu haben bei
Julius Rüping, Eisenwarenhdlg.

Es können noch etwa 50 Pfund brauner Weinbergsschwefel abgegeben werden à Pfund 30 Pfg.
Eduard Schickel.

Ein gut erhaltener Herren-Anzug zu verkaufen. Sandstr. 2. [1512]

Zwei kräftige Arbeitspferde zu verkaufen. Joh. Herbel Oberlahnstein. [1523]

Größerer Posten tolle Zigarrenkisten hat abzugeben. Näheres in der Geschäftsstelle. [1510]

Fleißiges, kräftiges Mädchen vom Lande, welches etwas lochen kann, in Wirtschaftshaus halt gesucht. Zu erf. i. d. Geschäftsstelle.

Nachruf.

Am Dienstag, den 22. Juli verschied unser treuer Kollege

Damianus Czerwinski

nach langem mit Geduld ertragenem Leiden. An der Trauer der Hinterbliebenen nehmen wir herzlich Anteil, ihm aber wünschen wir den ewigen Frieden.

Braunbach, den 23. Juli 1919.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Braunbach. [1514]



Unserem hochverehrten Präses Herrn Kaplan Jacob Benz die herzlichsten Glückwünsche zum morgigen Namenstage.
Katholischer Lehrlingsverein Oberlahnstein.

Konsum- und Sparverein Niederlahnstein.

Einzahlung von Beiträgen übernehmen die Vertrauensleute. Mitgliedsbücher werden in nächster Zeit ausgegeben. Vorausichtlich ab 1. September d. Js. wird eine Filiale in Niederlahnstein, Emserstraße, eröffnet. Der Verkauf der Waren findet nur durch fremde Verkäuferinnen statt. Bis zur Eröffnung der Filiale können die Mitglieder ihre Einkäufe in Coblenz, Görresstraße 6, vornehmen.

Es sind wieder einige tausend qm — Mosaik-Fussbodenplatten — und mehrere hundert qm — glasierte Wandplatten — neu eingetroffen.
Der Verkauf findet zu sehr billigen Preisen statt.
Größte Auswahl in schönen Mustern.
Emil Köbig, Wiesbaden Moritzstr. 32. Telef. 2402.
— Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer. —
Auf Wunsch Verlegen durch geübte Plattenleger [1474]

Milchzentrifugen

in verschiedenen Größen em. steht
Julius Rüping, Eisenwarenhdlg.
Braunbach a. Rh.

Papierwäsche

für Herren und Knaben wie Kragen in allen Facons und Weiten, Vorhemden in schönen Mustern, Manschetten in allen Weiten empfiehlt

Rudolf Neuhaus, Braunbach.

Sensen, Sichel, Frucht- u. Haserreffe empfiehlt
Georg Phil. Glos Inh. G. Gommor Braunbach.

la Bohnen-Kaffee
behr. per Pfund 13,50 Mark
A. Straub, Diez a. d. Lahn

Turnverein Niederlahnstein (E. V.)

Heute abend 8 Uhr bei Herrn Heinrich Herz Generalversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.
1516] Der Vorstand.

Friseur-Tunung

des Kreises St. Goarshausen. Diejenigen Mitglieder, welche von der uns zur Verfügung gestellten prima engl. Rasierseife (Stangen in Blechdose) zum Wiederverkauf wünschen (Verkauf 4 Mk.) wollen ihren Bedarf mir gefl. sofort anmelden.
1509] Eduard Schickel.



Der Hausbursch ruft: „Jetzt Erdal her! Sonst putz ich keine Stiefel mehr!“

Erdal

schwarz - gelb - braun
Allerherstellers:
Werner & Mertz, Mainz

3-4 P. S. Gleichstrom-Motor,

440 Volt, mit Kupferwicklung zu laufen gerichtet. Angebote unter F. R. a. d. Geschäftsst.

Schweinefutter

55% Protein-Fettgehalt, gegen frisches Gemüse einzutauschen.
Zu erf. i. d. Geschäftsst.

Buchbinder-lehrling

sofort gesucht. Gründliche Ausbildung garantiert.
Buchdruckerei Franz Schickel Inh. Frh. Rohr, D. Lahnstein

Schneidergefelle

gesucht von Johann Schick, Niederlahnstein. [1488]

Kriegswittwe

mit 2 Kindern 12 u. 8 Jahre alt, sucht Stelle zur Führung des Haushalts wo dieselbe ihre Kinder und Möbel mitbringen kann.
Zu erf. i. d. Niederlahnstein Johannesstraße 24. [1517]

Stundenmädchen

für sofort gesucht
Franz Frank, Adolfsstr. 62 [1507] partier.

Stundenmädchen

gesucht. Niederlahnstein Rheinstraße 16. [1483]

Stundenmädchen

gesucht. Niederlahnstein, Rheinstraße 4. Eine schwarze, auf reide gefärbte mittlere Größe zu verkaufen. Näheres: Geschäftsstelle.

Prima dunkelblaues Zellstoff-Leinen

(äußerst harter Papier) vielseitig verwendbar, gibt in ganzen Stücken von 30 bis 100 Meter.
per Meter zu 1.20 Mk. ab. Vorrat etwa 3.00 Mk.
Ed. Schickel, Oberlahnstein.

SP. 1111 klebende Gen. a Rohr

COBLENZ

Bruchbänder

Leibbinden etc. Jedes System, für alle selbst die schwersten Fälle unter Garantie. Fachmännische und Damenbedienung. Illustrierte Preislisten u. Krankenkassen bed. Rabatt.

Ia Sunlight-Seife

eingetroffen das Doppelfuß Mh. 50
Luloy, Adolfsstr. 44

Regenschirme

für Damen und Herren von 25 Mk. an empf. J. Haffrich, N. Lahnstein.

Carbolinum

(Friedensqualität) empfiehlt

Franz Diehl, St. Goarshausen.

Leere Kisten

zu verkaufen
Jacob Rübel.

Gebrauchte guterhalt. Federbetten

1 1/2 schlaf. Matratze 1 Paar Herrenzugstühle Nr. 43 preiswert zu verkaufen. Näheres: Geschäftsstelle. [1510]

Ein trächtiges Rind

in 1 Monat kalbend und melkende Kuh. Recht zu verkaufen bei Karl Diehl, Niederlahnstein. [1510]

Alford-Bücher und selbstgegr. Offiziers-Uniform

zu verkaufen. Näheres: Geschäftsstelle. [1510]

Einige neue Packkörbe und leerer Marmeladekabel

Schickel, „Hotel Stolzenberg“

Geld in jeder Höhe

monatlich. Rückzahlung verleiht sofort. H. Blume & Co. Hamburg